



Andreas Speit

Bürgerliche Scharfmacher

Deutschlands neue rechte Mitte

Andreas Speit
Bürgerliche Scharfmacher

Andreas Speit

Bürgerliche Scharfmacher

Deutschlands neue rechte Mitte

Andreas Speit ist Sozialökonom und Journalist. Er war für das politische Feuilleton des *Deutschlandfunk* tätig und schreibt u. a. für die *taz* sowie den *Zeit*-Blog *Störungsmelder*.

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

Bonn 2017

Lizenzausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86, 53113 Bonn

© 2016 Orell Füssli Verlag AG, Zürich

Umschlaggestaltung: Naumilkat – Agentur für Kommunikation und Design,
Düsseldorf

Umschlagfoto: © Michael Trammer / ddp images / ZUMA

Lektorat: Sigrid Weber

Druck: CPI books GmbH, Leck

ISBN 978-3-7425-0033-5

www.bpb.de

Inhaltsverzeichnis

- 9 **Zur Einleitung**

- 23 **Eine Partei für ein anderes Deutschland – Die »Alternative für Deutschland«**
- 24 Ein Wahltag und drei Wahlerfolge
- 29 Entstehung der »Alternative« – Vorläufer und Netzwerke
- 34 »Gender ist Gotteslästerung« – Familien und Frauen
- 41 »Relativ viele rechtsextreme Einzelfälle« – Personen und Positionen
- 49 »Erfurter Resolution« – Bernd Lucke versus Frauke Petry
- 54 »Deutsch bleiben« – Volks- und Vaterlandsverlustängste
- 61 »Unprofessionelle Ressentimentpartei« – Parlamentsarbeit und Parlamentarier
- 81 »Pakt mit dem rechten Rand« – Funktionsträger und Mitglieder aus rechten Parteien und Burschenschaften
- 88 »Bürgerliche Fassade einer radikalisierten Gruppe« – Jörg Meuthen und Frauke Petry
- 99 »Die Stimme der Bürger – unser Programm« – Wahlkampfpositionen und -programme
- 106 »AfD ist Gold wert« – Spenden und Staatsgelder
- 112 »Neue wahrhafte Volkspartei«

- 117 **Vom Rittergut ins Schlachtengetümmel – Netzwerke und Vordenker der »Neuen Rechten«**
- 119 »Graswurzelrevolution« – Institut für Staatspolitik

- 123 »Konsolidierung dieser Bürgerbewegung« – Meta- und/oder Parteipolitik
- 127 »Political Correctness und Gutmenschen« – Vermeintliche Denk- und Sprechtabus
- 132 »Konservative Revolutionäre« – Definitionen und Differenzen
- 134 »Am Liberalismus gehen die Völker zugrunde« – Moderne versus Antimoderne
- 140 »Spezifisch rechte Revolte« – Konservative Revolution gegen Französische Revolution
- 143 »Häuflein von inspirierten Nichteinverstandenen« – Rekurs auf Botho Strauß
- 149 »Kulturrevolution von rechts« – Erste neue Ansätze und neue alte Argumentation
- 156 »Publizistisches Mutterschiff« – Junge Freiheit
- 163 »Déclaration de guerre« – Identitäre Bewegung
- 172 »Oase der geistigen Inspiration« – Rechter Elitismus
- 178 »Wünschen wir uns die Krise« – Heroismus und Fatalismus
-
- 183 **Ganz normale Leute – Pegida, die patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes**
- 185 »Greenpeace für Deutsche« – Initiative »Ein Prozent für unser Land«
- 190 »Natürliche Verbündete dieser Bewegung« – AfD-Streit um Pegida-Initiator
- 196 »Retter des christlichen Abendlandes« – Von der Facebook-Gruppe zum Orga-Team
- 201 »Wir sind das Volk« – Debatte um Traditionslinien des Wende-Widerstands
- 209 »Legitime Vertreter des deutschen Volkes« – Führungsstreit und Trennungen
- 214 »Wir sind alle keine Nazis, wir sind Patrioten« – Weitere Spaziergänger und neue Hooligans
- 219 »Dresden zeigt, wie's geht!« – Nachahmer und Nachzieher

- 231 »Links-grün versifftes Deutschland« – Skandal um Akif Pirinçci
- 239 »Rinks und Lechts« – Jürgen Elsässer und Thilo Sarrazin
- 249 »Russische Seele und deutscher Geist« – Alexander Dugin und Martin Heidegger
- 255 »Scheiß auf diesen Anstand« – Weihnachtssinger und Wutbürger
- 270 »Festung Europa« – Internationale Gäste und internationale Verbündete
- 276 »Bewegung der Empörung« – Zulauf durch Zuspruch
- 283 »Lutz von der Straße« – Trennung von Frontfrau und Gründung einer Pegida-Partei
-
- 289 **Autoritäre Revolte einer sozialen Bewegung von rechts**
- 290 »Causa Gedeon« – Antisemitismusvorwurf und Machtkampf
- 293 »Partei-DNA« – 5. Bundesparteitag beschließt Grundsatprogramm
- 303 »Selbstpositionierung als rechtspopulistisch« – Affinitäten und Arrangements
- 313 »Thymotische Sehnsüchte« und »Holocaust-Religion«
- 317 »Extremismus der Mitte« – Kritik in der Faschismus-Falle
- 325 »Elite und Mob« – Entkultivierung durch Neoliberalismus
-
- 333 **Literatur**
-
- 349 **Danksagung**

Zur Einleitung

Die Veranstaltung ist gut besucht. Nur wenige Stühle sind bei der Podiumsdiskussion »Islam – Gefahr für Europa« frei. Die Podiumsrunde ist keine offizielle Parteiveranstaltung der »Alternative für Deutschland« (AfD) im mecklenburg-vorpommerschen Landtagswahlkampf 2016. Der gewählte Ort, die geladenen Referenten und der ausgewählte Termin kommt jedoch dem AfD-Kandidaten Holger Arppe im laufenden Wahlkampf entgegen. Am 24. August hat das *Compact-Magazin für Souveränität* ins Amedia Plaza Hotel in Schwerin zur Podiumsrunde geladen. Vor den rund 50 Gästen stellt Chefredakteur des Monatsmagazins Jürgen Elsässer klar: »Ich bin Deutscher und ich werde nicht zulassen, dass unser schönes Land vor die Hunde geht.« Darüber hinaus versichert er, sich sehr zu freuen, hier unterstützend für die »tapferen Kämpfer von der AfD« eintreten zu können, und begrüßt anwesende Kandidaten der Partei. Sie sitzen in der ersten Reihe, stehen nach der Nennung ihres Namens auf, um sich den Gästen zu zeigen. Es ist ein Abend des weit rechts stehenden Magazins für die vermeintliche Alternative. Ein Abend, auf den sich Arppe, der mit Listenplatz 3 zu den Spitzenkandidaten der AfD gehört, laut einem Facebook-Eintrag sehr gefreut hat.

In seinem Vortrag beklagt der Galerist aus Rostock nicht nur, dass »das Unheil« des Dritten Reiches »unser Volk fest im Griff hat«, sondern auch, dass mit »den Gastarbeitern« in der alten Bundesrepublik »die Islamisierung des Gastlandes« vorangetrieben wurde, welche die »Linke« wegen »ihres Hasses auf den gesamten kapitalistischen Westen im Allgemeinen und Deutschland und seiner Kultur im Speziellen« noch weiter forciert habe. »Millionen sogenannter

Flüchtlinge verursachen enorme Kosten, ruinieren unser Sozialsystem, mithin auch unsere gesamte Wirtschaft«, lamentiert Arppe weiter und dass dies zur Folge habe, »dass Amerikas ökonomische, geopolitische und militärische Vormachtstellung auf dem Globus langfristig unangefochten« bleibe. Er warnt, dass nach dem Nationalsozialismus und Kommunismus nun mit dem Multikulturalismus das »dritte Großexperiment am deutschen Volk« durchexerziert werden soll.

Elf Tage später, am 4. September ist der 43-Jährige Landtagsabgeordneter. Einmal mehr ist die erst drei Jahre alte Partei wieder Wahlsieger. Mit 20,8 Prozent der Stimmen zieht die AfD mit ihren Spitzenkandidaten Leif-Erik Holm, Matthias Manthei und Arppe ins Schweriner Schloss ein. 18 Mandate konnte sie erreichen. In Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt hat die AfD bei den diesjährigen Landtagswahlen bereits zweistellige Wahlergebnisse eingefahren. Bundesweit hat die Partei binnen drei Jahren 119 Landtags- und über 700 Kommunalmandate bis zu dem Wahltag gewinnen können.

Schon vor der Wahl um die Mandate im Schweriner Schloss deuteten erste Wahlumfragen diesen Triumph an. Nach den ersten Hochrechnungen bewahrheitet sich die von vielen gehegte Befürchtung: Erstmals bildet die AfD die zweitgrößte Fraktion hinter der großen Volkspartei SPD. In Sachsen-Anhalt hat sie die SPD schon weit überholt.

Die Wahlanalysen zeigten auf, dass die Thematik Flüchtlinge ein Wahlentscheidungsthema war. In den vergangenen Monaten hatte die Bundesregierung um Angela Merkel (CDU) zwar die Asylmöglichkeiten stark eingeschränkt, doch die Stimmtende wendete sich nicht. Ein erneuter Erfolg bei einer Landtagswahl, der für die Bundespolitik nicht folgenlos bleiben wird. Der von AfD und Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) befeuerte Rechtstrend wird die Mitte der Gesellschaft und die Parteien der Mitte weiter erfassen. Eine deutlichere Kehrtwende in der Asyl- und Flüchtlingspolitik fordert zugleich der bayrische Ministerpräsident Horst Seehofer.

Im Wahlkampf im bevölkerungsarmen Flächenbundesland mit 1,6 Millionen Einwohnern und einem Ausländeranteil von 3,9 Prozent hatten SPD und CDU versucht, potenzielle AfD-Wähler bei sich zu halten – auch dadurch, dass sie sich klassischen Themen der AfD zuwendeten. Vor der heißen Phase des Wahlkampfs griff Ministerpräsident Erwin Sellering (SPD) Merkel wegen ihrer Flüchtlingspolitik an: »Merkel tut bis heute so, als könnte Deutschland alle Verfolgten aufnehmen. Das entspricht nicht der Realität.« Und er beklagte die von der Europäischen Union beschlossenen Sanktionen gegen Russland: »Der Westen lässt sich auf eine Eskalationsspirale ein.« Innenminister Lorenz Caffier (CDU) verschärfte nicht nur in seiner Abschiebepolitik von Asylsuchenden den Ton, sondern machte sich auch für die Forderung nach einem Burka-Verbot stark.

»Nichts hat den Wahlkampf so beherrscht wie die Angst der Etablierten vor der rechten ›Alternative‹«, schrieb Albrecht von Lucke vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* (3/2016). In Mecklenburg-Vorpommern verhielt es sich kaum anders. Das »Dauerfeuer« Seehofer und »seiner CSU« gegen die Flüchtlingspolitik der Regierung »mit einer dezidiert rechtsautoritären Ansprache« sei die beste »Wahlhilfe für die AfD«, führte Lucke weiter aus, denn wen wähle man dann? »Natürlich das radikale Original, sprich die AfD.«

Das Aufgreifen von Themen, die die AfD zu ihrer Sache gemacht hat, scheint für die anderen Parteien geboten. Ein Hinterherlaufen ihre Positionen und Übernahme ihres Tenors legitimiert jedoch ihre Intentionen und Forderungen – puscht sie. In der Generaldebatte des Bundestages wird Merkel am 7. September deutlich. »Wenn auch wir anfangen, in unserer Sprache zu eskalieren«, sagt sie »gewinnen nur die, die es immer noch einfacher und noch klarer ausdrücken.« Wenn dabei Fakten beiseite gewischt würden, sei verantwortbare und konstruktive Antworten nicht mehr möglich«. Und sie warnt, »am Ende« könnte die eigene Orientierung verloren gehen.

Seit den ersten Abendspaziergängen von Pegida und den ersten Wahlerfolgen der AfD 2014 hat sich die Bundesrepublik verändert. Eine soziale Bewegung von rechts richtet das bundespolitische Koordinatensystem nachhaltig neu aus. Diese neuen Rechten sind längst eine Bewegung, sie haben eine kollektive Identität, trotz Differenzen, und sind durch mobile Netzwerke miteinander verwoben. Sie kommen nicht aus dem Nichts oder vom Rand, sie kommen aus der Mitte der Gesellschaft. Das ist mit ein Grund dafür, dass sie das »Sag-« und »Wählbare« weit nach rechts verschoben haben, und zwar nicht erst durch parteipolitisches Agieren, sondern auch durch publizistisches Wirken.

2010 legte Thilo Sarrazin *Deutschland schafft sich ab* vor. Ein Bestseller mit rechten Ressentiments, biologistischen Positionen und eugenischen Traditionen. »Sarrazin war ein Rammbock«, betont Götz Kubitschek, Gründer des neurechten »Instituts für Staatspolitik«. Er sei »auf eine vorher nicht zu ahnende Weise durchgestoßen. Das war eine Resonanzbodenerweiterung für uns, Begriffe wurden ventiliert, die wir seit Jahren zuspitzen, aber nicht im Mindesten so durchstrecken können, wie Sarrazin das konnte.« In seinem jüngsten Buch *Wunschdenken* bekräftigt Sarrazin erneut 2016 seine altbekannten Thesen. »Nicht nur die menschliche Intelligenz, sondern auch alle anderen psychischen Eigenschaften [sind] überwiegend erblich« und würden »fortlaufend durch die natürliche Selektion weiter geformt« werden. Die »Ideologie der Gleichheit« führe zu der »utopischen Ignoranz«, die Realität der Ungleichheiten anzuerkennen. Die »Verwirklichung von Gleichheit« würde allerdings die »Einschränkung von Freiheit bis hin zu ihrer Aufhebung« bedeuten. Und weiter führt Sarrazin, ehemaliger Finanzsenator in Berlin (SPD) und einstiges Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, aus: »Der wesentliche Einfluss Europas und Nordamerikas auf den Rest der Welt bestand nicht in den Kolonialkriegen und wirtschaftlicher Ausbeutung. Er bestand in der kolossalen Ausweitung der Ernährungsbasis und der Lebenserwartung durch die wissenschaftlich-wirtschaftliche Revolution.« Am »großen moralischen Schuldkomplex«, an dem sich die »westliche Welt unter dem Stich-

wort »Kolonialismus« abarbeite, habe Deutschland »allenfalls einen minimalen Anteil«.

Wo der einzelne Mensch auf seine biologische Dimension reduziert, die Forderung, dass alle Menschen die gleichen Chancen und Rechte haben sollen, als Einschränkung der Freiheit verstanden und die Geschichte der Warenwirtschaft des »westlichen Abendlandes« als fairer Wettkampf ohne Unterdrückung und Ausbeutung dargestellt wird, ist es nicht verwunderlich, dass von moralischer Empathie, gesellschaftlicher Verantwortung und staatlicher Unterstützung wenig gehalten wird. Mit dem Tenor, das Unsagbare gewagt und gesagt zu haben, stellt Sarrazin im Allgemeinen fest, dass »andere Menschenbilder [...] eben auch andere Politikentwürfe« bedingen und im Besonderen, dass »der größte Fehler der deutschen Nachkriegspolitik« die »undurchdachte und utopische Flüchtlings- und Einwanderungspolitik der Bundesrepublik« sei. Ohne die Rhetorik des vermeintlichen Tabubruchs wird in diesem Milieu nicht argumentiert. Dass Sarrazin bei keinem kleinen randständigen Verlag publiziert und zum Bestseller avancierte, wird ignoriert.

In diesem politischen Milieu rechts von der Union gehen Debatten ineinander über, werden Argumentationen voneinander aufgegriffen, zitiert man sich und lädt sich gegenseitig ein. Die Intention ist, in der Bundesrepublik endlich eine wählbare Alternative jenseits von CDU/CSU fest zu etablieren, die die gehobene Mittelschicht wie auch die unteren Schichten anspricht. Neue Protagonisten und altbekanntes Personal rechts der Union haben sich zu einem Netzwerk zusammengefunden. Ganz bewusst betreiben die Akteure eine Entgrenzung im rechten Spektrum. Die Scheu oder Scham, mit diesem oder jenem zusammenzuarbeiten oder aufzutreten, scheint fast gänzlich aufgehoben.

In Schwerin sollte am 24. August neben Arppe, Poggenburg und Elsässer noch ein weiterer Podiumsgast reden: Martin Sellner von der »Identitären Bewegung« (IB). Bei Facebook hatte Arppe den führenden Aktivist der Identitären Bewegung in Österreich und Deutschland nicht erwähnt, auf der Webseite von *Compact* wurde er jedoch als Redner mit angekündigt. Kurz nach Veranstaltungsbe-

ginn ließ Elsässer aber verlautbaren, dass Sellner erkrankt sei und nicht komme. Für *Compact* ist Sellner der »neue Rudi Dutschke« und die Identitäre Bewegung die »neue Protestjugend«.

Vielleicht war dieser Gast dem AfD-Verband im Norden so kurz vor der Landtagswahl aber auch zu heikel geworden, ist die Nähe zur Identitären Bewegung selbst in der AfD offiziell unerwünscht. »Ja, es besteht ein Unvereinbarkeitsbeschluss zur Identitären Bewegung«, sagt AfD-Pressesprecher Andreas Zöllner. Die Partei befürchtet, wie die Identitäre Bewegung von Verfassungsschutzämtern beobachtet zu werden, und diese Aufmerksamkeit liefe ihrem Image entgegen. An dem Abend lobt Arppe allerdings die Bewegung: »Die Leute von der IB sind intelligent. Die sind klug, die sind gewitzt, die sind kreativ und genau deswegen hat das System Angst vor diesen Leuten und hetzt ihnen den Verfassungsschutz auf den Hals.« Für ihn stehe die Bewegung noch im »sogenannten Verfassungsbogen«, betont Arppe, den das Amtsgericht Rostock 2015 wegen volksverhetzender Kommentare im Internet zu einer Geldstrafe von 2700 Euro verurteilte. Er versichert, »ganz klar« gegen die »Abgrenzerei und Distanziererei« gegenüber der Identitären Bewegung zu sein. In einzelnen Bundesländern ist die Identitäre Bewegung mit der rechtsextremen Szene verwoben. Robert Schnell, Landesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation Junge Alternative (JA), schiebt in der Diskussion nach, dass sich sein Verband, wie auch der in Sachsen-Anhalt, gegen die Abgrenzung ausgesprochen habe – und auch keine Distanzierung erfolgen werde. Das hören die Gäste von der Bewegung im Saal gern. Wie so viele extrem rechte Äußerungen von Funktionsträgern in der Partei dürfte auch das Bekenntnis von Arppe folgenlos bleiben.

Die inhaltliche Affinität zur Identitären Bewegung räumte am 26. Juni 2016 Dubravko Mandic, Vorsitzender des Landesschiedsgerichts der baden-württembergischen AfD auf der Webseite der »Patriotischen Plattform«, einem rechten Netzwerk in der Partei, ein. In Baden-Württemberg seien »sowohl die AfD und vor allem die JA [...] personell mit der IB verbunden«, schreibt er. Dies sei schlicht einer ähnlichen politischen Zielsetzung geschuldet. »Die

Mittel der IB sind dabei außerparlamentarisch, aber nicht weniger wirksam.« Seine damalige Empfehlung – »Zum Schutze unserer Partei dränge ich auf ein Funktionärsverbot. Vorstände der JA oder AfD sollten nicht gleichzeitig in führender Funktion bei der IB tätig sein.« – ein »Tribut an das System«.

Das »System« ist für die neuen Rechten auch immer wieder das »links-rot-grün verseuchte 68er-Deutschland«, bestimmt von »Gutmenschen« und »Feministinnen«, die angeblich das Denken, Sagen und Handeln festlegen und Volk, Familie und Geschlecht auflösen wollen. Auf dem Bundesparteitag der AfD am 30. April und 1. Mai 2016 in Stuttgart hat der Bundessprecher Jörg Meutchen die Bundesrepublik auch als ein »links-rot-grüne-verseuchte 68er«-Republik unter Standing Ovations bezeichnet und so die »kollektive Identität« dieser Bewegung umrissen und ihren Kulturkampf von rechts weiter forciert. Mit der Gründung der AfD und den ersten Spaziergängen von Pegida wurde offensichtlich, dass es nicht nur um den Euro und die Angst vor der »Islamisierung« ging. Die Reden, die Programme haben früh auf das gemeinsame Feindbild 68 hingewiesen. Diese neurechten Wutbürger reagieren auf eine vermeintliche allumfassende Kulturrevolution von links, die seit 1968 laufen würde, die aber nur eine »Fundamentalliberalisierung« (Jürgen Habermas) des Gesellschaftlichen ist. Dass die 68-Bewegung keine fundamentale Revolution in der Republik durchsetzen konnte, beruhigt diese Wutbürger wenig, sie sind schon angesichts der vermeintlichen Liberalisierung besorgt. Bereits die Vertreter der Konservativen Revolution – die geistigen Ahnen der neuen Rechten – beklagten ab 1918, dass der »Liberalismus« zur Zersetzung von Volk und Vaterland führen würde.

Im Jahr 2010 offenbarte eine Emnid-Umfrage für *Bild*, dass 18 Prozent eine Partei mit Thilo Sarrazin als Vorsitzendem wählen würden, d. h. fast jeder Fünfte. Eine Überraschung war das jedoch nur dann, wenn man zuvor Wahlergebnisse und Einstellungstudien nicht wahrgenommen hat. Denn schon 2001 kam die rechtspopulistische »Partei Rechtsstaatliche Offensive« um Ronald Barnabas Schill bei der Hamburger Bürgerschaftswahl von null auf 19,4 Pro-

zent. 2002 ergab die von Wilhelm Heitmeyer geleitete Studie zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, dass bundesweit ein rechtspopulistisches Potenzial von rund 20 Prozent besteht. In ihrer Untersuchung *Wut, Verachtung, Abwertung – Rechtspopulismus in Deutschland* ermittelten Beate Küpper, Andreas Zick und Daniela Krause 2015, dass 20 Prozent der Befragten »eine ganz deutliche rechtspopulistische Haltung« haben und 42 Prozent zu »rechtspopulistischen Einstellungen« neigen, die sich gegen soziale Gruppen richten – von Flüchtlingen und Muslimen über Sinti und Roma bis zu Homosexuellen und Frauen.

In der Kritik am Islam machen sich die neuen Rechten zwar für Homosexuelle und Frauen stark, doch es geht ihnen nicht um deren Rechte und Selbstbestimmung. Der Zweck der Kritik besteht vielmehr darin, bündnisfähiger und wählbarer zu erscheinen. Längst nicht ohne Erfolg, nicht zuletzt deshalb, weil offen homosexuell lebende Akteure für diese Bewegung sichtbar auftreten. Pim Fortuyn repräsentierte als einer der ersten Rechtspopulisten diese Verbindung. Der »Initiator des heute vorherrschenden hybridisierten Rechtspopulismus« (Karin Priester) aus den Niederlanden verband bis zu seinem gewaltsamen Tod 2002 durch einen militanten Umwelt- und Tierschützer vermeintlich emanzipatorische Forderungen mit rechten Vorstellungen.

In ganz Europa haben sich für rechtspopulistische Bewegungen und Parteien die Chancen für politische Erfolge erhöht. Die Ursachen sind komplex. Nicht nur die fortschreitende soziale Spaltung und die anhaltenden fragilen Wirtschaftsentwicklungen kommen ihnen entgegen, sondern auch die Auflösung geopolitischer Strukturen und die starke Flüchtlings- und Migrationsbewegung. Alle Untersuchungen verwiesen auf zwei »wesentliche Faktoren«: einerseits die Tendenz zur Erosion der sozial-ökonomischen Basis der unteren Mittelschicht, andererseits die wachsende Angst vor Statusverlust. Der rechte Populismus ist »eine Bewegung der unteren Mittelschicht in wohlhabenden kapitalistischen Gesellschaften«, so Joachim Bischof und Bernhard Müller in *Neue soziale Bewegungen von rechts* (2016). Ihr Kampf ist denn auch der Verteilungskampf von weißen

Männern mit Bildung und Besitz um das »verlorene Paradies« oder die bedrohte Idylle. Als »Anwälte der kleinen Leute« gerieren sie sich gegen das »Establishment der Eliten« aus Politik, Wirtschaft und Medien. Diese Parteien sind aber keine Kümmerer, sie sind Angstmacher. Überdeutlich bestätigt dies Alexander Gauland, AfD-Bundesvize und Fraktionsvorsitzender im Brandenburger Landtag, im Magazin *Cicero* im Juli 2016. »Wir sind eine Partei von Menschen, die besorgt sind, die Angst haben um ihren sozialen Status, die Angst haben vor Überfremdung. Sie wollen nicht, dass eine Million Fremde in diesem Land herumreist, welche gar nicht politisch verfolgt wurden. Das sind kleine Leute, die ihr Deutschland ein wenig so behalten wollen, wie es einmal war«, sagt er im Streitgespräch zu Wolfgang Kubicki, dem FDP-Bundesvize und Fraktionsvorsitzenden im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Der hebt hervor: »Die AfD lebt nur davon, dass es diese Ängste gibt.« Diese Partei bräuchte gar den »Faktor Angst«, um zu überleben.

In der Silvesternacht 2015/16 wurde dieser Faktor massiv verstärkt. In jener Nacht erfolgten in Köln am Hauptbahnhof und auf der Domplatte massive sexuelle Übergriffe gegen Frauen von Männern aus dem nordafrikanischen und arabischen Raum. In Hamburg, Bielefeld, Stuttgart und Düsseldorf sollen in der Nacht ebenfalls Gruppen von Männern Frauen sexuell belästigt und ausgeraubt haben. Der Polizei und den Medien wurde später vorgehalten, die Dramatik der Situation heruntergespielt zu haben. Nach einem Bericht des Bundeskriminalamts sind in der Nacht bundesweit mehr als 1200 Frauen Opfer von insgesamt knapp 900 Sexualdelikten geworden. Die »Willkommenskultur« wurde nun nicht mehr nur von den neuen Rechten hinterfragt, die sich jetzt bestätigt fühlten. Ein Umschwung in der Wahrnehmung der Flüchtlinge setzte auf breiter Ebene ein. Ein Umschwung, der sich im Juli weiter fortsetzte, als der islamistisch motivierte Terrorismus auch in der Bundesrepublik Realität wurde. Am 18. Juli griff ein Flüchtling, Sympathisant des »Islamischen Staats« (IS), in einem Zug bei Würzburg fünf Reisende mit einer Axt an, verletzte vier davon schwer. Sechs Tage später, am 24. Juli, sprengte sich ein Flüchtling und IS-Sym-

pathisant in Ansbach vor dem Haupteingang eines Musikfestivals in die Luft und verletzte 15 Menschen. Erneut fühlten sich die neuen Rechten in der Ablehnung der Flüchtlings- und Asylpolitik im vermeintlich politischen Recht.

Die Realität der komplexen Herausforderung von Einwanderung und Zuzug nicht wahrzunehmen, schafft ein Vakuum für Populismus. Die Realität zu überzeichnen, befeuert indes Ressentiments. Die neuen Rechten wissen, was sie tun – und sie sind dabei erfolgreich.

»Rechtspopulismus ist nicht nur gesellschaftsfähig geworden, er ist auch in der Mitte der Gesellschaft angekommen, beziehungsweise war schon dort«, betonen Küpper, Zick und Krause. Und sie stellen zudem fest, dass »von jenen, die zum Rechtspopulismus tendieren, [...] 17 Prozent die Anwendung von Gewalt« billigen und »22 Prozent bereit [sind], selbst Gewalt »gegen Fremde« anzuwenden. Diese kollektive Wut ist nicht nur eine statistische Größe. Der verbalen Hetze im Netz und auf der Straße sind Taten gefolgt und werden folgen.

Im Juni 2016 veröffentlichte das Bundesamt für Verfassungsschutz seinen Bericht für das Jahr 2015. Die rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten stiegen um mehr als 42 Prozent auf insgesamt 1408 Fälle. Im rechtsextremistischen Spektrum wuchs die politisch motivierte Kriminalität von Gewalttaten bis Propagandadelikten auf fast 22 000 Fälle. Im Vergleich zum Jahr 2014 verdoppelten sich die fremdenfeindlichen Gewalttaten beinahe und stiegen von 512 auf 918 Fälle. Seit dem Frühjahr 2015 habe sich die Militanz gesteigert, sie reiche von Bedrohung von Politikern, Journalisten, Flüchtlingshelfern über Brandanschläge auf bestehende Flüchtlingseinrichtungen oder geplante Unterkünfte bis hin zu versuchten Tötungsdelikten. Vor allem die Zahl der Straf- und Gewalttaten gegen Unterkünfte stieg dabei dramatisch: 2014 registrierte das Amt insgesamt 170 Straftaten, darunter 25 Gewalttaten. 2015 waren es mehr als fünfmal so viele: 894 Straftaten, darunter 153 Gewaltdelikte. Die Zahl der Brandanschläge gegen Flüchtlingsunterkünfte stieg von fünf auf 75 Fälle.

Anfang 2016 ging die Zahl der Flüchtlinge zurück, die Zahl der Straftaten, die sich gegen sie richten, ist jedoch hoch geblieben. Ein Lagebericht des Bundeskriminalamts registrierte für das erste Quartal 2016 37 Brandstiftungen. Insgesamt wurden 347 Straftaten, darunter drei versuchte Tötungsdelikte und 23 Körperverletzungen festgehalten. Der Bericht geht auch auf die Tatverdächtigen der Straftaten aus dem Vorjahr ein: Von 551 Personen waren 25 Prozent wegen rechtsmotivierter Straftaten vorbestraft, drei Verdächtige wurden von Landesverfassungsschutzämtern als »relevante Personen« eingestuft. Im Vergleich zu 2014 hat sich der Anteil weiblicher Tatverdächtiger verdoppelt. Die Auswertung legt nahe, dass vermeintliche einfache »Wutbürger« zu »Tatbürgern« wurden.

Zur »kollektiven Identität« der neuen Rechten von Pegida über AfD bis zum Institut für Staatspolitik gehört es auch, jegliche Verantwortung für Gewalt weit von sich zu weisen. »Die Politiker der Altparteien« hätten mit ihrer Flüchtlings- und Asylpolitik diese Übergriffe und Anschläge hervorgerufen. »Die vermeintlich klare Abgrenzung gegen Gewalt ist Augenwischerei«, sagen Küpper, Zick und Krause. Ihre Studie zeigt: Wer rechtspopulistische Einstellungen vertritt, billigt mit »einiger Wahrscheinlichkeit auch Gewalt zur Absicherung des eigenen Status«. Gewalttätig seien immer nur wenige Personen, den Anstoß gäben jedoch »viele andere, die diese Gewalt mittragen und befeuern«. Sie selbst sähen sich aber als »die Guten«, als »das Volk«.

In seinem Buch *Was ist Populismus?* hinterfragt Jan-Werner Müller 2016 diese Selbstermächtigung. Die »Populisten« würden immer »behaupten: ›Wir sind das Volk!«, sie meinten jedoch damit, nur sie und nur alleine sie ›repräsentierten das Volk.« Alle Gegendemonstranten auf der Straße oder Abgeordnete im Bundestag werden durch diesen »moralischen Alleinvertretungsanspruch« automatisch aus dem »wahren Volk« ausgeschlossen. Diese Ermächtigung als Volk und die Festlegung dessen, wer zur Gemeinschaft des Volkes gehört, offenbart die inhärente Tendenz des Rechtspopulismus, antidemokratisch, anti-egalitär und antipluralistisch zu sein.

In dieser Bewegung ist die AfD das parteipolitische Gravitationsfeld, das »Institut für Staatspolitik« eines der ideologischen Zentren und Pegida der atmosphärische Anheizer. In ihrem Kulturkampf heben sie selbst teilweise die Grenzen zum Rechtsextremismus auf. Auch Jörg Meuthen: Kurz vor der Landtagswahl sagte der Bundessprecher der AfD, er könne sich im Parlament vorstellen, der NPD zuzustimmen, wenn sie »vernünftige Vorschläge macht.« Die Akteure eint oft, was der neurechte Vordenker Karlheinz Weißmann in seinem jüngsten Buch *Rubikon* (2016) postuliert: In der Bundesrepublik stünde die entscheidende Entscheidung an, ob die »drohende Katastrophe« noch abgewendet werden kann, damit »Deutschland gerettet werden« könnte. Sie stellen so auch oszillierend zwischen Heroismus und Fatalismus die Systemfrage.

In den einzelnen Kapiteln des vorliegenden Buches kommen die verschiedenen Akteure der heterogenen Bewegung ausführlich zu Wort. Bewusst werden viele Reden und lange Textzitate wiedergegeben, um die Dimensionen der jeweiligen Positionierungen deutlich und reflektierbar zu machen. Die Zitate zeigen, dass die Begriffe »Volk« und »Abendland« zu Kampfbegriffen geworden sind. Nicht immer konnten die Recherchen offen geführt werden. »Lügenpresse« ist nicht bloß ein verbaler Drohbegriff.

Im Kapitel »Eine Partei für ein anderes Deutschland – Die Alternative für Deutschland« wird nachgezeichnet, dass diese Partei von Beginn an nicht bloß eine Einthemenpartei war und ihr Personal schon früh nach weit rechts drängte. In ihrer Kritik am Konservatismus waren schnell rechtspopulistische Positionen und Rhetoriken virulent. Ihr Familien- und »Volks«bild ist eng mit einem extrem rechten Welt- und Menschenverständnis verwoben. Ein ideologisches Bündnis, das auch zu neuen Netzwerken führte. Die Partei wurde zum Hoffnungsträger aller Rechten jeder Couleur, die rechts von der Union eine parteipolitische Alternative herbeisehnten. Sie sehen in der AfD den parlamentarischen Brückenkopf der außerparlamentarischen Bewegung – der gehalten und ausgebaut werden muss.

Die ideologischen Vordenker dieser Bewegung werden im Kapitel »Vom Rittergut ins Schlachtengetümmel« vorgestellt. Die Netz-

werke des »Instituts für Staatspolitik« über die »Junge Freiheit« bis hin zur »Identitären Bewegung« greifen oft ineinander. Als »Mutter-schiff« wird die »Junge Freiheit« bezeichnet. In der Strategie zwischen Meta- und Realpolitik ist sich dieses Milieu einer »Graswurzelbewegung von rechts« nicht immer einig. Differenzen werden sichtbar, aber auch Affinitäten. Der Rekurs auf die Konservative Revolution mit ihrem radikalen Antiliberalismus und -egalitarismus wird immer wieder wahrnehmbar. Hier liegt das ideologisch-philosophische Fundament, das sie zum Kulturkampf aufruft und bewegt. Über 30 Jahre führten sie im vopolitischen Raum die ideologische Auseinandersetzung um Begriffe und Debatten. Heute sehen sie ihre Zeit gekommen, die Frucht ihrer Arbeit aufgehen.

Im Kapitel »Ganz normale Leute – Pegida, die patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« wird der Protest auf der Straße gegen die vermeintliche »Islamisierung« und »Flüchtlingsinvasion« skizziert. Pegida mag zu Ende gehen. Ihr Weg zeigt aber, wie eine Bewegung von rechts das Land beeinflusste – nachhaltig. Neue Strukturen wie »Ein Prozent für unser Land« versuchen bereits bundesweit, die Proteste gegen die Flüchtlingspolitik zu vereinen – und thematisch zu erweitern. Das Magazin *Compact* bietet hierbei ein neues publizistisches Forum. Von links haben sich einige Akteure nach weit rechts bewegt. Die Wege zwischen den Projekten sind mittlerweile auffallend kurz. Man kennt sich, man hilft sich. Bewusst stellt man sich in die Tradition des 89er-Widerstands in der DDR. Die BRD erscheint hier vielen auch als eine DDR 2.0.

Im Kapitel »Autoritäre Revolte einer sozialen Bewegung von rechts« wird dargestellt, dass die Feind-Chiffre die »kollektive Identität« der rechten Akteure bestimmt. Die autoritäre Revolte dieser sozialen Bewegung kommt aus der Mitte der Gesellschaft, die sich aber selbst, weil als bürgerliche Mitte verstehend, von Ressentiments freispricht: »Man darf« und »Man muss doch mal sagen dürfen ...«. Ausgehend von der AfD nach den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt 2016 wird dieser Revolte nachgegangen. Der Bundesparteitag und auch die Auftritte der Parteiprotagonisten spiegeln einmal mehr die Entgren-

zung nach weiter rechts wider. Ein Streit um Antisemitismus wird fast zum Alibi für weitere Ressentiments. Darüber hinaus zeigt sich, dass die Chancen des Rechtspopulismus eng mit den sozioökonomischen Prozessen verbunden sind. Ein »Extremismus der Mitte«, der auch ein »marktförmiger Extremismus« ist, führt zu Erosionen in der Gesellschaft. Die berechtigten Sorgen, die mit überhöhten Ängsten einhergehen, wurden von renommierten Personen der gesellschaftlichen Mitte am erfolgreichsten entfacht und genährt. Diese Ängste dürfen ängstigen. Sie werden nicht nur die Bundestagswahl 2017 bestimmen.

Andreas Speit

Hamburg, 10. September 2016

Eine Partei für ein anderes Deutschland – Die »Alternative für Deutschland«

Im Flur des Landtags von Sachsen-Anhalt muss der Tross um André Poggenburg auf die erste Hochrechnung warten. Schon vor dem Wahltag 13. März 2016 war eines aber gewiss: Nach diesem Abend würde die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Magdeburg eigene Räume im Parlament haben. Allein wie hoch der Wahlspruch ausfallen würde, war unklar. »20 plus x«, hatte Poggenburg angekündigt und sich nicht verschätzt. Um 18 Uhr gibt ein Moderator der Wahlendung des Mitteldeutschen Rundfunks (MDR) ein erstes Ergebnis bekannt: 23 Prozent der Stimmen für die AfD in Sachsen-Anhalt. »Ja«, sagt Poggenburg strahlend. Die Anhänger klatschen begeistert. »Jawohl!«, ruft einer. Björn Höcke, der Landtagsfraktionsvorsitzende aus Thüringen, klopf seinem engen Parteifreund Poggenburg auf die Schulter: »Schön! Das habt ihr gut gemacht!«, und gratuliert dem zukünftigen Landtagsfraktionschef in Sachsen-Anhalt.

Vor dem Fernseher haben sie, beide im dunklen Anzug mit hellem Hemd und Krawatte, auf die erste Hochrechnung gewartet. Ein breites Lächeln erschien bereits auf ihrem Gesicht, als die Ergebnisse für die anderen Parteien genannt wurden: 30,2 Prozent für die CDU, 16,7 Prozent für die Partei Die Linke, 11,9 Prozent für die SPD, 5 Prozent für die Grünen. Zufrieden, fast selbstgefällig quittiert der Spitzenkandidat der AfD das Ergebnis der SPD. »He, he, was ist bloß von der SPD geblieben«, sagt Poggenburg. Auch Höcke lacht und wirkt nicht minder selbstzufrieden. Die Kameras und Mikrofone um sie herum scheinen sie wenig zu stören. Diese Politiker, die gerne den Anti-Politiker mimen, um sich von der vermeintli-

chen Politikerklasse als die Leute vom Volk zu inszenieren, sind längst medienerfahren. Sie wissen, dass heute Abend jedes Wort, jede Mimik und jede Geste von ihnen ganz genau registriert wird. Bewusst hochmütig nehmen sie die Erfolge ihrer Partei bei den gleichzeitig stattfindenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg – 15,1 Prozent – und in Rheinland-Pfalz mit 12,6 Prozent auf. Ein breites Lächeln auch bei Andreas Kalbitz, dem stellvertretenden Landtagsfraktionsvorsitzenden der AfD in Brandenburg, der Poggenburg umarmt. In Stuttgart sagt Bundessprecher und Spitzenkandidat Jörg Meuthen auf der Wahlparty der AfD: »Wir sind stolz. Wir haben dem Druck standgehalten. Wir haben gewonnen.« Uwe Jung, Spitzenkandidat in Rheinland-Pfalz, feiert auf Facebook den Erfolg: »Die AfD Rheinland-Pfalz hat einen grandiosen Wahlsieg errungen und die an uns selbst gestellten Erwartungen noch weit übertroffen!«

Ein Wahltag und drei Wahlerfolge

Am 13. März 2016 ist die AfD um die Bundesspitze Frauke Petry und Jörg Meuthen der Sieger aller drei Landtagswahlen. In Ost und West hat sich an diesem Tag eine Partei rechts von der Union mit zweistelligem Wahlzuspruch festgesetzt. In Sachsen-Anhalt kann sich die AfD später gar mit 24,2 Prozent als zweitstärkste Fraktion mit 25 Landtagsabgeordneten hinter der CDU mit 30 Abgeordneten feiern. Nur noch etwas über 5 Prozent trennen die AfD von der christdemokratischen Volkspartei. Auf dem Weg zu den Fernsehstudios im Landtag sagt Poggenburg: »Ich bin nicht sehr überrascht, aber wir sind sehr dankbar.« In Berlin steht nach den ersten Hochrechnungen Frauke Petry vor den Gästen der Wahlparty. »Das ist ein Abend zum Jubeln, wir sind die gesamtdeutsche Partei, von der wir immer gesprochen haben«, sagt sie unter Applaus. Die katastrophale Politik der Bundeskanzlerin Angela Merkel habe den Bürgern die Augen geöffnet, betont sie, unterbrochen von »Frauke, Frauke!«-Rufen. Es sei »das AfD-Gefühl, es ist das Gefühl zusammenzugehören, nicht alleine zu stehen«, was diese Erfolge möglich gemacht habe. Das Potenzial der Partei läge bei 30 Prozent, die Diffamierung

gen in den Medien hätten das nicht verhindern können. »Wir sind auf der Siegerstraße«, hebt sie hervor, »auch zur Bundestagswahl 2017.«

In den provisorischen Fernsehstudios im Magdeburger Landtag flimmern die ersten Wahlanalysen zu allen drei Landtagswahlen. Sie hätten schon auch mit so einem Ergebnis gerechnet und »deshalb 36 Kandidaten aufgestellt«, sagt Poggenburg im Flur des Landtags. Man habe das »Malheur« vermeiden wollen, das den Piraten einmal widerfahren sei. In Berlin hatten diese 2011 zur Wahl des Abgeordnetenhauses 15 Kandidaten aufgestellt, nach den ersten Prognosen zu wenig. Die Gründe für den Erfolg seiner Partei sieht der 41-Jährige sowohl im Personal als auch in den Themen: »Wenn man sich die Spitzenkandidaten unserer Altparteien anschaut, haben die trotz der Unterstützung der Medien keine gute Figur gemacht.«

Eine Frage interessiert an dem Abend besonders: Wer hat die AfD gewählt? Roberto Heinrich vom Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap legt dar, dass die Wählerwanderungen in allen drei Bundesländern überwiegend von der CDU aus erfolgten. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz konnte die AfD aber auch einen erheblichen Stimmenanteil von der SPD gewinnen. In Sachsen-Anhalt verlor zudem die Linkspartei Wähler an die AfD. Ganz besonders erfolgreich, hebt Heinrich beim MDR hervor, war sie bei der Nichtwählerschaft. 101 000 Nichtwähler konnte die AfD in Sachsen-Anhalt gewinnen, 38 000 Wähler kamen von der CDU, 28 000 von der Linken, 20 000 von der FDP und 3000 von den Grünen. In Baden-Württemberg verlor die CDU 190 000 Wähler an die AfD, die SPD 90 000, die Grünen 70 000, die Linke 22 000 und die FDP 18 000. 209 000 Nichtwähler gaben ihr die Stimme für den Stuttgarter Landtag. In Rheinland-Pfalz stimmten von den CDU-Wählern 50 000 für die AfD, 37 000 von der SPD, 12 000 von der Linken, 8000 von der FDP, 5000 von den Grünen sowie 80 000 von der Nichtwählerschaft. Die Zahlen von Infratest dimap widerlegen die gängige Vorstellung, dass je höher der Wahlzuspruch, desto geringer der Wahlerfolg rechter Parteien ist.

gen würden«, sagt Lüttmann, der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD. Aber es sei schnell erkennbar geworden, dass unter Gauland ein weit rechts stehender Kurs eingeschlagen wurde; von den Abgeordneten der AfD hätten nur vier keine rechtsextreme Vergangenheit. Nonnemacher beschreibt die Situation so: »Gauland mimt im Landtag gerne den gut situierten, konservativ gebildeten Herren, hält den Frauen die Türen auf. In seinen Reden sucht er dann aber gezielt die Provokation, strebt sie geradezu an, um aufzuregen.« Im Plenum trage er gelassen vor, doch seine Wortwahl provoziere: So bezeichne er Flüchtlingsheime als »Brutstätte der Gewalt« und Flüchtlingshelfer vor Ort als »nützliche Idioten«.

Über die Fraktion setzte Gauland am 25. August 2015 eine dieser bewussten Provokationen ab. In einer Erklärung zu einem Brandanschlag, den Rechtsextreme in Nauen im Havelland auf eine Turnhalle verübt hatten, sagte er: »Sollte es tatsächlich Brandstiftung gewesen sein, verurteilen wir als AfD-Fraktion eine solche Tat natürlich auf das Schärfste.« Die »Verantwortung für solche Taten« läge jedoch bei der »gesamten Gesellschaft und in erster Linie bei den Politikern der Altparteien, die zur jetzigen Eskalation der Flüchtlingsproblematik beigetragen haben.«

Spätestens mit Beginn der Asyl- und Flüchtlingsdebatte schlug die Fraktion ab Sommer 2015 zunehmend härtere rechtspopulistische Töne an. Die Politikwissenschaftler Botsch, Kopke und Lorenz betonen in *Wut, Verachtung, Abwertung – Rechtspopulismus in Deutschland* zur Rolle von Gauland: »Die Entwicklung der AfD in Brandenburg macht deutlich, dass unter der Führung von Alexander Gauland eine nationalpopulistische Rechtspartei entstanden ist.«

In der eigenen Familie kommen seine harten Töne – »Man kann sich nicht einfach überrollen lassen. Einen Wasserrohrbruch dichten Sie auch ab« und »Wir müssen die Grenzen dichtmachen und dann die grausamen Bilder aushalten. Wir können uns nicht von Kinderaugen erpressen lassen« – nicht gut an. Seine Tochter Dorothea Gauland, die evangelische Pfarrerin in Rüsselsheim ist, spricht sich im Magazin *Die Zeit* am 24. Februar 2016 gegen ihn aus. Im

Pfarrhaus hat die 33-Jährige einen Flüchtling aus Eritrea aufgenommen. Sie vermutet bei ihrem Vater eine kalkulierte Strategie: »Er hat gemerkt, er kommt damit an.«

»Pakt mit dem rechten Rand« – Funktionsträger und Mitglieder aus rechten Parteien und Burschenschaften

Seit dem Essener Parteitag warnt der AfD-Gründungsvorsitzende vor der einst eigenen Partei. »Die AfD ist nicht zu retten«, sagt Lucke im Interview mit der *Huffington Post* am 27. August 2015. Die »rechten Demagogen um Petry [...] und Gauland« hätten alles »im Griff«: »Bis zum Schluss glaubte ich, dass das nur eine laute Minderheit ist, und dass die stille Mehrheit der Mitglieder einen gemäßigten Kurs stützt. Aber da habe ich mich geirrt. [...] Dass die Partei sich so stark radikalisiert haben könnte, hatte ich nicht erwartet.« Politisch habe Petry »eine riesige Fehlentscheidung getroffen, indem sie mit dem rechten Rand paktiert hat, um die Macht ergreifen zu können«, sagt er, und »leider waren ihre Bundesgenossen von rechts außen ja auch deutlich mehr als nur ein Rand. Weil sie mich verdrängen wollte, hat sie es in Kauf genommen, dass der gesamte moderate Teil die Partei verlässt. Jetzt hat sie niemanden, auf den sie sich stützen kann, um den rechten Flügel in die Schranken zu weisen. Falls sie das überhaupt will.« Bis zum Schluss habe er immer gegen »diese Strömung« angekämpft, betont Lucke. Ein Selbstbild, das ausblendet, dass er nicht bloß mit Gauland eng zusammenarbeitete. Der Parteigründer störte sich auch nicht daran, dass Mitglieder aus den vielen kleinen Parteien und Parteiversuchen rechts von der Union kamen: Bund freier Bürger, Republikaner, Die Freiheit und »Partei Rechtsstaatliche Offensive« (Schill-Partei). Von Anbeginn an war allein die Mitgliedschaft in der NPD und der »Deutschen Volksunion« (DVU) ein sofortiger Grund, den Parteieintritt abzulehnen. Die AfD Brandenburg bildet hierbei keine Ausnahme. In anderen Landesverbänden schlossen sich ebenfalls ohne Probleme ehemalige Mitglieder von anderen rechten Parteien an.

In Hamburg ist Nockemann nicht das einzige Ex-Schill-Mitglied in der AfD. An der Elbe gelang es der Partei um den sogenann-

ten »Richter Gnadenlos« Ronald Schill bei der Bürgerschaftswahl 2001, von null auf 19,4 Prozent der Stimmen zu kommen – und gleich in die Landesregierung mit der CDU zu ziehen. Nur kurz war die Schill-Mitgliedschaft im Hamburger Verband umstritten. Kruse setzte schnell ein Signal und unterstützte die Bürgerschaftskandidatur von Nockemann für Listenplatz 3. Dieser machte da weiter, wo er damals aufgehört hatte. Im Wahlkampf sprach der ehemalige Schill-Parteifunktionär und kurzzeitige Innensenator von »gleichgeschalteten Feministen« und bezeichnete Hamburg als »Hauptstadt des Linksextremismus«. Die Partei, versicherte zu diesem Zeitpunkt noch der Bundesvorsitzende Lucke, sei nicht von Schillianern unterwandert: »Wir sind eine Bundespartei, ein paar Leute aus der Schill-Partei fallen da nicht auf.« Diese Relativierung scheint für Michaela Merz indes Strategie gewesen zu sein. Das ehemalige Bundesvorstandsmitglied, das von der FDP kam, berichtet, dass Lucke verzweifelt gewesen sein soll, als die AfD am 22. September 2013 mit 4,7 Prozent bei der Bundestagswahl knapp an der 5-Prozent-Hürde scheiterte. Vor der Presse ließ sich die damalige Führung die Enttäuschung nicht anmerken. Sie soll aber unmittelbar danach begonnen haben, darüber nachzudenken, sich weit konservativer und rechtspopulistischer auszurichten.

Aus E-Mails, die dem *Spiegel* vorliegen, geht hervor, dass Lucke am 31. Juli 2013 bereits überlegte, Thilo Sarrazin im Wahlkampf einzuspannen: »Wir müssen noch einmal einen Tabubruch begehen, um Aufmerksamkeit zu kriegen. Das machen wir, indem wir Herrn Sarrazin vereinnahmen. Das kann uns viel Aufmerksamkeit, Kritik der linken Presse und viel Zuspruch in der Bevölkerung einbringen«, schrieb er am 31. Juli 2013 an seine Vorstandskollegen Gauland und Adam, und weiter: »Selbst wenn ›Bild‹ dann negativ über uns schreibt, wird sich das auf unser Wahlergebnis positiv auswirken, weil genug ›Bild‹-Leser mit Sarrazin Positives assoziieren.« Merz, so schreibt Sebastian Friedrich in seiner Studie *Der Aufstieg der AfD*, konnte die offene Werbung mit und für Sarrazin damals im Bundesvorstand verhindern. Ihm gegenüber behauptete sie, dass Lucke maßgeblich für die weitere Entwicklung nach rechts verantwortlich sei.

Am 15. September 2014 erklärt Merz ihren Parteiaustritt auf ihrem Blog – mit harten Vorwürfen: »Besonders in den letzten Wochen ist es klar geworden, wie weit sich die AfD von der ursprünglich wirtschaftlich orientierten, liberal-konservativen und Euro-kritischen Partei entfernt hat. [...] Ganz bewusst werden Ängste geschürt, gegen unsere Nachbarn in Ost-Europa, gegen kriminelle Ausländer, gegen Moslems, gegen ›Sozialschmarotzer‹ – Lucke sprach gar von einer dramatischen Sicherheitslage und Staatsversagen im Osten Deutschlands und lässt sich dazu hinreißen, die innere Sicherheit der DDR im Vergleich zu West-Deutschland als ›besser‹ zu bezeichnen. Damit kann man Protestwähler gewinnen – Deutschland braucht aber keine weitere Protestpartei.« Sie greift nicht nur Lucke an, dem sie attestiert, kein Mensch zu sein, der »mal aus Versehen etwas sagt, sondern er weiß genau, welches Wort zu welchem Zeitpunkt welche Wirkung hat«. Sie zeigt auch auf Höcke, dem Lucke zu diesem Zeitpunkt öffentlich noch nicht widersprochen hat, wenn sie schreibt: »Diese grundsätzlichen liberalen Philosophien haben in der AfD keine Bedeutung mehr. Im Gegenteil: Der Vorsitzende der AfD Thüringen sagt: ›Und tatsächlich ist es eine Überlegung wert, ob ein Mehr an Freiheit, ein Mehr an Liberalismus nach insgesamt drei Generationen des Liberalismus, noch eine drängende Frage der Zeit ist. Wir leben bereits in einer sehr liberalen Gesellschaft, die im Namen des ‚Ich‘ in Jahrzehnten dem ‚Wir‘ fast alles abgerungen hat. Jeder Spaß ist gemacht, beinahe jedes Tabu gebrochen!.« Ihr Fazit 2014: »Die AfD ist zu einer konservativen Partei rechts der CDU geworden. Und diese Reise von einer Partei der Mitte hin zu einer identitären Bewegung mit einer ›historischen Mission‹ ist aus meiner Sicht noch lange nicht zu Ende.« Am 9. September 2014, wenige Tage vor ihrer Mahnung, greift Lucke Merz in einem Interview in der *Thüringer Allgemeinen* an und wischt jede Kritik weg: »Ich glaube, das ist vor allem verletzte Eitelkeit. Frau Merz ist als Landessprecherin gescheitert.« Danach sei »eine sehr gute neue Führung gewählt worden, die den Landesverband befriedet hat« – gemeint ist die Gruppe um Höcke. Und Lucke schiebt nach: »Und daran hat Frau Merz offenbar zu knapsen.«

In einem Mitglieders Schreiben vom 31. Oktober 2013 entwirft Lucke jedoch schon »10 Thesen« zum Islam und macht ihn damit in der Partei zum Thema: »Wenn der Satz ›Der Islam gehört zu Deutschland‹ nur die faktische Existenz des Islam in Deutschland feststellen sollte, ist er überflüssig, weil der Sachverhalt offenkundig ist. Wenn er die Toleranz und Weltoffenheit Deutschlands betonen sollte, ist unverständlich, warum er die vielen anderen in Deutschland praktizierten Religionen nicht erwähnt. Wenn er aber als eine implizite Bejahung des Islam in Deutschland gemeint ist, ist er falsch und töricht, weil er sich pauschal und undifferenziert zu einem komplexen Phänomen äußert, das viele unterschiedliche Strömungen und Aspekte umfasst. Was zu Deutschland gehört, muss präzise benannt werden und sollte von Deutschland her gedacht werden.«

Die E-Mail von Lucke zur Vereinnahmung Sarrazins belegt ebenso, dass er selbst die Partei nach rechts öffnen wollte. Bereits einen Monat zuvor, im September 2015, gab Lucke dem weit rechts stehenden Monatsmagazin *Compact* ein Interview, in dem er sagte: »Wir sind keine Ein-Thema-Partei«, gerade die von Thilo Sarrazin »aufgegriffenen Probleme Bildung, Zuwanderung und Demographie werden auch in unserer Programmatik sehr stark betont.« Den Autor von *Deutschland schafft sich ab* lobte Lucke ganz direkt: »Sarrazin gebührt das große Verdienst, mit seinem Buch auf wichtige Missstände in Deutschland hingewiesen zu haben.« In derselben Ausgabe des Magazins äußerte Sarrazin, »schwul-lesbische Lebenspartnerschaften« als Ehe zu bezeichnen, das sei »ungefähr so, als würde, man ein Faultier als Löwe bezeichnen«. Und der ehemalige SPD-Finanzsenator in Berlin wusste auch zu berichten, »dass Kinder überwiegend die Eigenschaften ihrer leiblichen Eltern erben«, und warnte vor einem Deutschland mit Menschen, die sich nicht »als Deutsche fühlen«.

Von weit rechts kommen etliche Mitglieder der AfD, und zwar nicht bloß aus den Parteien rechts von der Union, sondern auch aus den Burschenschaften. Einige von ihnen sind längst Funktions- und/oder Mandatsträger. In Rheinland-Pfalz ist Joachim Paul einer

der neuen 14 Landtagsfraktionsmitglieder der AfD. Der Gymnasiallehrer gehört der »Alten Breslauer Burschenschaft der Raczecks« an. Die schlagende studentische Verbindung löste 2011 im Dachverband der »Deutschen Burschenschaft« einen nachhaltigen Streit aus, da sie auf dem »Deutschen Buschentag« indirekt durchsetzen wollte, dass nur Männer deutscher Abstammung Mitglied werden durften.

Einer, der früh auf die Entwicklung bei den »Raczecks« hingewiesen hat, ist ihr ehemaliges Mitglied Christian J. Becker, der zudem auf andere einschlägige Ausrichtungen aufmerksam machte. Früher hätten Burschenschaftler einen solchen Streit vermutlich mit einem Duell geklärt, später zumeist in verbandsinternen Gremien. Heute kann es auch vor dem bürgerlichen Gericht enden. So entschied am 11. Juli 2012 das Landgericht Bonn, dass Christian J. Becker seinen Verbandsbruder Norbert Weidner als »höchstwahrscheinlich einer der Köpfe der rechtsextremen Bewegung« bezeichnen darf, die aus Burschenschaften, NPD und Kameradschaften besteht. In der Begründung legten die Bonner Richter dar, dass Beckers Bezeichnung Weidners, damals Chefredakteur der einflussreichen *Burschenschaftlichen Blätter* des Dachverbandes »Deutsche Burschenschaft« (DB), eine »zulässige Meinungsäußerung« sei. Das Gericht entschied zudem, dass Becker, der die Initiative »Burschenschaftler gegen Rechtsextremismus« mitgründete, weiterhin sagen darf, dass Weidner mit Kartellburschenschaften die Gründung einer rechtsextremen Studentenpartei nach dem Vorbild des österreichischen »Rings Freiheitlicher Studenten« anstrebe. Im April 2011 hatte Weidner in der Mitgliederzeitung der »Raczecks« mit einem Leserbrief auch eine andere Diskussion ausgelöst. Unter dem Titel »Nicht als Vorbild geeignet« führte er aus, dass der NS-Widerstandskämpfer Dietrich Bohnhoeffter »zweifelsfrei [als] ein Landesverräter« bezeichnet werden könne. Aber nicht Weidner, sondern Becker schlossen die »Raczecks« im September 2012 aus. Von den »Raczecks« kommen ebenso das AfD-Mitglied Ralf Spitzl in Nordrhein-Westfalen sowie Alexander Jungbluth, der 2014 dort Vizevorsitzender der Jungen Alternative war.

In Hamburg hat der AfD-Bürgerschaftsabgeordnete und Landesvize Alexander Wolf eine burschenschaftliche Verankerung. »Ja, ich bin Alter Herr der Burschenschaft Danubia«, bestätigte Wolf. Für ihn sei das »kein Skandal, keine Geschichte«. In Bayern stuft der Verfassungsschutz die »Danubia« in München als »rechtsextrem« ein. Die Aktivitas, also die Gruppe der studierenden Mitglieder, wird 2014 im Landesverfassungsschutzbericht als rechtsextremistische Organisation geführt. Dort engagieren sich »einzelne Personen, die Beziehungen zur rechtsextremistischen Szene unterhalten oder in der Vergangenheit unterhalten haben«. Im Haus der »Danubia«, einst in der Möhlstraße 21, fanden die sogenannten »Bogenhausener Gespräche« immer wieder mit rechten Referenten statt. 2014 war Alain de Benoist geladen, der Vordenker der französischen Neuen Rechten. Jahre vorher, am 28. November 2010, kam dort auch die rechtsextreme »Gemeinschaft Deutscher Frauen« zum »Regionaltreffen« zusammen. Diese Vorfälle lägen alle nach seiner Zeit als aktiver Burschschafter, behauptet Wolf, der nach der Beendigung des Studiums 1994 Alter Herr wurde: »Mit gutem Gewissen kann ich sagen, kein Mitglied einer beobachteten Struktur zu sein.« Eine Abgrenzung, die ihm wichtig sei. Auf ihrer Webseite erklärt seine alte Burschenschaft, sich »zur deutschen Kultur- und Volksgemeinschaft« zu bekennen. Ihn störe allerdings, dass der Verfassungsschutz die Burschenschaft beobachte. Im Wahlkampf wetterte er aber auch gegen »die ›Political Correctness‹, die wie ein Mehltau über unser Land hängt«, und befand, dass »Deutschland [...] kein Einwanderungsland« sei. Er war sich zudem sicher, dass »Multi-Kulti« dazu führe, den deutschen Nationalstaat aufzulösen, und dass bei »Immigranten« das »Messer häufig deutlich lockerer« sitze.

In Brandenburg hat der stellvertretende AfD-Fraktionsvorsitzende und stellvertretende Landesvorsitzende Andreas Kalbitz einen burschenschaftlichen Hintergrund: Er gehört der »Pennalen Burschenschaft Saxonia-Czerowitz zu München« an. Auf ihrer Facebook-Seite verweist diese auf die unterschiedlichsten neurechten Projekte von der *Jungen Freiheit* bis zur *Blauen Narzisse*. Kalbitz,

der auch AfD-Landesvize ist, war zudem als Vorsitzender des rechts-extremen Vereins »Kultur- und Zeitgeschichte, Archiv der Zeit« eingetragen, legte aber 2015 sein Amt nieder – nachdem die Kontakte publik wurden.

In Thüringen wollte die AfD-Fraktion im November 2015 Torben Braga, den damaligen Sprecher der Deutschen Burschenschaft, in den Innenausschuss des Parlaments schicken. Erst ein interfraktioneller Beschluss verhinderte, dass Braga, der der »Burschenschaften Germania Marburg« und »Germania Jena« angehört, dort platziert wurde. Seit Jahren sei bekannt, dass die Deutsche Burschenschaft mit ihren Diskussionen um Arierparagrafen und Abstammungsprinzipien immer weiter nach rechts rücke, erklärt die Linke-Abgeordnete Katharina König in Erfurt. Bei der Burschenschaft Germania Marburg wiesen selbst führende Mitglieder Verbindungen zur Rechtsextremen-Szene auf. Die Entsendung Bragas in den Innenausschuss sei für sie ein weiterer Beleg für die »Rechtsaußen-Verbindung der AfD unter Björn Höcke«.

Ein ehemaliger Sprecher der Deutschen Burschenschaft ist 2014 in der sächsischen AfD aufgefallen: Gordon Engler. Das Mitglied der »Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruscia« kandidierte in Dresden für die Partei zur Kommunalwahl am 25. Mai 2014. Auf Anfrage des *Spiegel* schreibt er, dass die Deutsche Burschenschaft demokratisch ausgerichtet sei wie seine Burschenschaft. Zu ihrer Rechtslastigkeit soll er sich nicht geäußert haben. Am 31. März desselben Jahres trat Benjamin Nolte leise ab. Der ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Jungen Alternative war im Februar gerade erst gewählt worden. Er gehört der »Danubia« an. 2009 soll er den Mitgliedern eines Bundes, der einen Dunkelhäutigen in seinen Reihen hatte, eine Banane hingehalten haben. Beides war damals zu viel für den Jugendverband der AfD. Wolfs Mitgliedschaft in derselben Münchner Burschenschaft stört in Hamburg nicht.

Die Bestrebungen der weit rechts stehenden Burschenschafter verwundern Becker kaum. »Sie sind schon lange auf der Suche nach einer parteipolitischen Heimat, die sich deutlich rechts orientiert, aber dennoch breite Wählerschichten erreicht«, sagt der Mitinitia-

tor von »Burschenschafter gegen Rechtsextremismus«, der sich heute in der Unterstützung von Flüchtlingen engagiert. Die NPD sei nicht diese Heimat, obwohl auch bei ihr Burschenschafter aktiv sind. Die »Freiheitliche Partei Österreich« (FPÖ), glaubt Becker, sei für sie ihr Vorbild, um politischen Einfluss und Macht zu gewinnen. Gezielt würden sie deshalb Ämter in der Partei und Mandate in den Parlamenten anstreben, und zwar insbesondere Burschenschafter aus der Deutschen Burschenschaft.

Auch unter Lucke ist dieses Engagement für die AfD kein Problem. Einen Unvereinbarkeitsbeschluss werde es nicht geben, erklärte sie 2014. Im selben Jahr beschloss die SPD, dass eine Parteimitgliedschaft und Zugehörigkeit zu einer Burschenschaft, die dem Dachverband Deutsche Burschenschaft angehört, unvereinbar sei. Das freute insbesondere den SPD-Parteinachwuchs. Für dieses Zeichen gegen rechts hätten sie lange gestritten, sagt die damalige Jusobundesvorsitzende Johanna Uekermann: »Wer Mitglied in einer Burschenschaft ist, kann die Grundwerte der SPD – Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – nicht vertreten. Rassismus, Antisemitismus und Sexismus prägen die DB und ihre Mitgliedsburschenschaften. Rechtsradikales Gedankengut ist tief in den Grundsätzen der DB verankert.«

»Bürgerliche Fassade einer radikalisierten Gruppe« – Jörg Meuthen und Frauke Petry

Hannover, knapp vier Monate vor den Landtagswahlen: Im Saal der Niedersachsenhalle des »Congress Centrum Hannover« (CCH) herrscht Siegesstimmung. Die Hoffnung: 2016 in die Landtage von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt einzuziehen und 2017 in den Deutschen Bundestag. »Wir werden uns durchsetzen. Wir schaffen das. Wir werden nicht aufgeben«, versichert Jörg Meuthen am Redepult. »Niemand sieht uns mehr bei fünf Prozent, sondern bei acht bis zehn Prozent«, begrüßt der Cobundesvorsitzende und Spitzenkandidat in Baden-Württemberg die etwa 600 Delegierten und Gäste des Parteitag, der vom 28. bis 29. November 2015 stattfindet. Der vierte Parteitag ist aber

*Den Versuch einer alternativen Demokratie
Einer freiheitlichen, solidarischen, ökologischen
Doch ihr sprecht nicht über dieses System
Über Kapitalismus, seine Gemeinheiten über Interessen
Dafür protestiert ihr gegen die Schwachen
[...]
Ihr sprecht nicht für '89
Ihr sprecht für keine Freiheitsbewegung
Ihr seid deren Schande
Schämt euch
Auf euer Abendland haben wir '89 gepfiffen
Darauf pfeifen wir auch heute
Unsere Solidarität den Flüchtlingen
Und immer noch sagen wir
Eine andere Welt ist möglich
Eine andere Welt ist nötig
Um alle Mauern zu stürzen.«*

In diesem Kontext wird en passant auch eine weitere Differenz zu 89 dargelegt. Pegida wettert zwar gegen Regierung und System, die bestehenden kapitalistischen Bedingungen und ökonomischen Machtgefüge hinterfragen sie jedoch nicht fundamental. Der Tonfall, die Wortwahl offenbarten es, der »Gruß« ist keine Einladung zum Dialog. Im Gegenteil: Der gemeinsame Text, erklärte Schult, sollte »nicht das Gespräch mit den Pegida-Demonstrant/innen suchen, sondern den Widerstand gegen sie ermuntern«. Sie legten in der Phase der Auseinandersetzung keinen Wert auf lange Erörterungen, »sondern macht(en) Front gegen die sich neu formierende rechtspopulistische Bewegung à la Front National«. Deshalb sei er provozierend und frech gehalten.

»Legitime Vertreter des deutschen Volkes« – Führungsstreit und Trennungen

»Alle munter, alle wieder da«, begrüßt Bachmann nach wie vor gut gelaunt an diesem 9. Mai die zurückkehrenden »Spaziergänger«.

Langer Applaus erfolgt, als er sich bei der Polizei bedankt, dass sie »die paar Klappspaten dort entsorgt« hätten – gemeint sind die Gegendemonstranten. Ans offene Mikrofon tritt Peter, »zum ersten Mal«, wie er sagt, und beschwert sich über die Behauptungen, dass Pegida fremdenfeindlich sei. Viele Redner hätten bei den Kundgebungen immer wieder erklärt, dass »Pegida nicht fremdenfeindlich ist, aber der legitime Vertreter der Interessen des deutschen Volkes«. Sie wollten die deutsch-jüdische Kultur hier bewahren, die »nicht durch die zwölf Jahre Hitlerdiktatur entwertet werden könnte«, versichert er und wendet sich gegen die »Zensurmaßnahmen« von Heiko Maas und die »staatlich unterstützten Gewaltattacken der Linksfaschisten«.

Bachmann hatte den Bundesjustizminister 2015 auch schon scharf angegriffen. Maas sei einer der »schlimmsten geistigen Brandstifter seit Goebbels«, befand er und setzte den Bundesjustizminister mit dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda im Dritten Reich Joseph Goebbels gleich. So weit geht Peter nicht, berichtet jedoch, einen Tag zuvor bei der Kundgebung von »Marsch des Lebens« auf dem Neumarkt lautstark gegen die Aussagen der Redner protestiert zu haben, die über Pegida Lügen verbreitet hätten. Die Organisatoren dieser Versöhnungsmärsche an Orten des Holocaust in Europa hatten am Gedenktag der Befreiung vom Nationalsozialismus vor Pegida gewarnt. Den Veranstaltern hält Peter jetzt vor, die Gefahr für die »jüdischen Bürger im Land«, die sich aus der »massenhaften Zuwanderung von größtenteils antisemitisch eingestellten Muslimen« entwickle, kaum zu thematisieren und ausschließlich den Deutschen »Judenhass« zuzuschreiben. Großen Applaus erhält er, als er sagt, dass er regelmäßig mit seiner Frau an den montäglichen Spaziergängen teilnehme.

Dem ersten Aufruf der Pegida-Organisatoren via Facebook waren am 20. Oktober 2014 über 300 Sympathisanten gefolgt. Woche für Woche stieg danach der Zulauf in der Dresdener Innenstadt an. Am 12. Januar 2015 versammelten sich an die 25 000 Pegida-Anhänger zum Spaziergang. Keine der folgenden Abendrunden sollte je wieder von so vielen Teilnehmern besucht werden.

Großen Zulauf konnten sie allerdings lange weiterhin für sich verbuchen.

Am Montag, den 19. Januar sagten die Sicherheitsbehörden alle Veranstaltungen mit Bezug zu Pegida kurzfristig ab. Es gebe eine »konkrete Bedrohungslage«, ein Anschlag auf einen der Pegida-Organisatoren wurde befürchtet. Weder bestätigten noch dementierten die Sicherheitsbehörden, dass Bachmann das mögliche Anschlagziel war. Sechs Tage später, am Sonntag den 25. Januar, kamen etwa 17 500 Spaziergänger zusammen. Letztmalig erreichte Pegida »annähernd das hohe Niveau der Vorwochen«, schreiben Vorländer, Herold und Schäller, die ausgehend von Daten der Polizei die Teilnehmerzahl von Oktober 2014 bis Juni 2015 untersuchten.

Der Erfolg von Pegida scheint im Januar 2015 durch einen internen Streit gebremst zu werden. Die Äußerungen von Bachmann in einem Chat, die später zur erstinstanzlichen Verurteilung wegen Volksverhetzung führen, verstimmten einige im Orga-Team. Ein Bild von dem Frontmann mit Seitenscheitel und Hitlerbärtchen befeuert den Streit. Der *Bild* sagt Bachmann, dass das Foto ein Scherz gewesen sei: »Ich hatte das Foto zur Veröffentlichung des Satire-Hörbuchs von ›Er ist wieder da‹ beim Friseur geknipst und Christoph Maria Herbst auf die Pinnwand gepostet«, erklärt er dem Boulevardblatt. Man müsse sich auch mal »selbst auf die Schippe nehmen«. Christoph Maria Herbst, der in dem Film Adolf Hitler spielt, widerspricht dieser Darstellung in der *Welt* am 21. Januar 2015. Er habe gar keine Facebook-Seite, lässt er über seinen Anwalt ausrichten, ebenso falsch sei, »dass er das Foto von Herrn Bachmann geliked« habe. Später wird trotz der Aussage Bachmanns die Echtheit des Bildes angezweifelt und von der »Hitlerbärtchen-Lüggengeschichte« gesprochen.

Am 21. Januar tritt Bachmann jedoch zunächst aus der Pegida-Führung zurück, soll aber im Hintergrund weiter gewirkt haben. Eine Presseerklärung der sächsischen AfD befeuert den internen Konflikt. Bereits am Mittwochnachmittag kursiert eine Erklärung der AfD um Petry, in der der Rücktritt von Bachmann begrüßt wird.

Eine Stellungnahme von Pegida sollte allerdings erst zwei Stunden später am Nachmittag erfolgen. Nach sieben Minuten, so der *Spiegel*, zog die AfD die Erklärung schnellstens zurück. Oertel habe sie um Rat gebeten, berichtete Petry dem Magazin, und weiter: »Ich habe ihr gesagt, dass Bachmann nicht mehr zu halten ist.« Bis heute scheint Petrys Reaktion die Beziehung zu Bachmann stark zu belasten.

Dieser Streit fiel bei der Pegida-Führung aber mit einer Auseinandersetzung über die weitere Ausrichtung und Zielsetzung der Bewegung zusammen. Ende Januar verließ Oertel Pegida. Fünf weitere Mitglieder des Orga-Teams folgten. Friedemann stellte sein Engagement ein. Oertel, Jahn, Lincke, Tallacker und Exner gründeten »Direkte Demokratie für Europa« (DDFE) und organisierten zwei Demonstrationen, die jedoch geringen Zulauf hatten. Wenige Wochen später trennten sich die Aussteiger erneut: Oertel und Jahn kündigten die Zusammenarbeit auf, brachten sich bei »193 Friedenstauben« ein, Tallacker und Lincke suchten sich kein neues Projekt und Exner wurde bei »Widerstand Ost West« aktiv.

Die Trennung ließ Hoffnungen auf ein Ende von Pegida aufkommen. In der ZDF-Sendung *Was nun?* meinte Bundesvizekanzler und SPD-Bundesvorsitzender Sigmar Gabriel am 28. Januar 2016, dass die Bewegung wahrscheinlich ihren »öffentlichen Zenit« überschritten habe, »was ja vielleicht auch eine Erlösung für Dresden« sei. Eine vorsichtige Wortwahl. Zu dieser Hoffnung lässt sich Timo Reinfrank allerdings gar nicht erst hinreißen. »Ich glaube noch nicht, dass dies das Aus ist«, sagte der Koordinator der Amadeu Antonio Stiftung, die Initiativen gegen Rechtsextremismus unterstützt. Das Bündnis hänge nicht an einzelnen Personen. Mehrere Mitglieder, die sich nun zurückgezogen hätten, seien bislang ohnehin so gut wie gar nicht in der Öffentlichkeit in Erscheinung getreten. Entscheidend sei nun, so Reinfrank, ob es dem Bündnis gelinge, sich organisatorisch neu aufzustellen, um weitere Demonstrationen zu veranstalten. Keine andere Protestbewegung habe in den vergangenen Jahren derart viel Aufmerksamkeit bekommen und sei derart schnell gewachsen, warnt er und befürchtet: »Auch die große Mobilisierungskraft der Bewegung in den sozialen Netzwerken sollte man

nicht unterschätzen.« Außerdem seien die Themen, die die Menschen auf die Straße trieben, nicht verschwunden. Die Pegida-Bewegung werde nicht weiter wachsen und sich in Städten jenseits von Dresden wohl eher verkleinern. In der sächsischen Hauptstadt werde das Bündnis aber wohl eine längerfristige Erscheinung sein. Reinfrank lag mit der Prognose nicht falsch und ebensowenig Gabriel mit seiner Reflexion.

Am 2. Februar 2016 musste Pegida wegen des Streits ihren geplanten Aufruf absagen. Doch am 9. Februar sind die Spaziergänger wieder auf der Straße. Im Vergleich zu den vorherigen Märschen kommen aber nur 2000. Bei dieser für sie niedrigen Teilnehmerzahl wird es allerdings nicht bleiben. Das verbliebene Orga-Team konnte schnell eine neue Struktur entwickeln: Am 5. März 2015 wurde der Pegida Förderverein e. V. gegründet. Den ersten Vorsitz übernahm Bachmann, den zweiten Vorsitz Däbritz und um die Finanzen kümmert sich Stephan Baumann. Zu den Gründungsmitgliedern gehören zudem Vicky Bachmann, Thomas Hiemann, Thomas Balazs und neu mit dabei: Tatjana Festerling. Am 19. März 2015 gab das Amtsgericht Dresden den neuen Verein mit der Vereinsnummer VR 7816 und der Dresdener Postfachadresse 290109 bekannt. Jeweils zwei Vorstandsmitglieder können laut Vereinseintragung den Verein gemeinsam vertreten. Zu den Finanzen werden keine Angaben gemacht – muss wegen der Vereinsform auch nicht. Auf der Facebook-Seite bewerben sie am 25. März den Förderverein. Im Unterschied zum ersten Verein können nun Interessierte eine Mitgliedschaft beantragen. »Endlich ist es so weit und Ihr könnt jetzt Mitglied im Pegida Förderverein e. V. werden«, heißt es. Per Link liegt gleich der Mitgliedsantrag zum Downloaden bereit. Wenn dieser an die Postfachadresse gesendet wird, kommt »eine separate Rechnung für den Mitgliedsbeitrag von 12 € per anno als E-Mail (zzgl. 5 € für die personalisierte Mitgliedskarte mit Passfoto, wenn gewünscht). Bitte nicht vergessen, ein Passbild beizulegen, wenn Ihr eine personalisierte Mitgliedskarte MIT Foto haben wollt.« Die Satzung umfasst knapp drei Seiten. Als Zweck des Vereins wird erneut die »Begegnung der Bürger zum Gedankenaustausch« benannt,

»Kultur- und Weiterbildungsveranstaltungen« werden angeführt und »insbesondere die materielle und immaterielle Unterstützung des Pegida e. V.« und der Pegida-Bewegung. Bei Auflösung des Vereins soll das Vermögen an die »Aktion Tier Meißen e. V.« gehen.

Über Google findet man unter dem Namen »Pegida Förderverein e. V.« die Webseite »Pegida Förderverein e. V. Volksgemeinschaft« als ersten Hit. Auch hier kann der Mitgliedsantrag heruntergeladen werden. Für das Spendenkonto ist Rechtsanwalt Hannig Treuhand verantwortlich. Auf der Webseite schreibt ein Gerhard Lemcke, »die verantwortlichen [sic], insbesondere Herr Bachmann sollten einmal klar und deutlich sagen, dass dieser Verein nichts mit Rechtsradikalen zu tun hat«, um gleich darauf zu betonen: »Die ständige Hetze, die von unseren ›Regierenden‹ und von der Presse geschürt wird, ist unerträglich« [...]. Wir leben noch immer in einem besetzten Land und unsere ›Regierenden‹ sind Vasallen der USA. Unsere ›Freunde, die Kriegstreiber Nr.1.« Die Kritik an der Kritik wird nicht nur durch den Kommentar zweifelhaft. Auf der Webseite werden unter »Alternativen zur Lügenpresse« fünf Publikationen empfohlen: das neurechte Webportal *Blaue Narzisse*, das extrem rechte Nachrichtenmagazin *Zuerst!* und das Magazin *Compact* sowie die noch weiter rechts stehenden UN (*Unabhängigen Nachrichten*) und das Umweltmagazin *Umwelt und Aktiv* (U&A). U&A wird von NPD-Anhängern getragen, wie interne E-Mails bestätigten, die UN von dem »rechtsextremistischen ›Freundeskreis Unabhängige Nachrichten«, wie das Bundesinnenministerium erklärt. Mit Spendeneinnahmen wurde später der Wahlkampf von Tatjana Festerling für das Bürgermeisteramt in Dresden mitfinanziert. Mehr als 30 000 Euro sollen als Spende für den Wahlkampf zusammengekommen sein, sagt Festerling. Ihre politische Karriere bei Pegida begann jedoch nicht in Dresden.

»Wir sind alle keine Nazis, wir sind Patrioten« – Weitere Spaziergänger und neue Hooligans

Die Spaziergänge in der sächsischen Elbmetropole ermutigen auch in anderen Städten vermeintliche »Retter des Abendlandes«, auf die

Straße zu gehen. Schon im November 2014 entstand ein Pegida-Ableger in Würzburg, im Dezember in Kassel, Bonn, München und Düsseldorf. Im neuen Jahr 2015 traten Nachahmer in Leipzig, Kiel, Saarbrücken, Nürnberg, Duisburg und Braunschweig auf. In weiteren Städten und Gemeinde folgten Spaziergänge gegen die »Islamisierung«. Eine Rednerin bei den verschiedenen Ablegern: Tatjana Festerling.

In Hannover sprach Festerling am 26. Januar beim zweiten Abendspaziergang von Hagida. Unter einem Regenschirm stehend schimpfte sie, die bis zu einem internen Streit lange das weibliche Gesicht von Pegida sein wird, über die Lautsprecheranlage, dass die Volksvertreter die »friedlichen Pegida-Demonstranten pauschal diffamierten, stigmatisierten und zur Schande für Deutschland erklärten«. Lustig machte sie sich über Parolen der »weltoffenen Freunde«. »Wichsen gegen Nazis« habe sie auf einem Plakat gelesen: »Super, endlich können alle, die für die Islamisierung des Abendlandes sind, auch zu Hause etwas gegen rechts, gegen Nazis tun. Und zwar kostenneutral, klimaschonend und gendergerecht unter der Bettdecke, auf der Bettkante, am Küchentisch, im Klo, wo und wann immer das Bedürfnis auftaucht, es den kleinen völkischen Rassisten mal so richtig zu besorgen. Noch effektiver wäre es natürlich, man lädt zum solidarischen interkulturellen gemeinschaftlichen Fixen ein. Vielleicht macht dann Frau Käßmann, Siegmund Gabriel, Hannelore Kraft und Herbert Grönemeyer dann ja auch mit.« Dafür erntete sie laute Lacher und starken Applaus. Diese Art von Humor kommt in diesem Milieu bestens an.

Schnell avancierte die frühere Redakteurin beim Heinrich Bauer Verlag und Pressesprecherin für die Metronom-Eisenbahngesellschaft mit ihren vermeintlich satirischen Zuspitzungen zu der Rednerin der Bewegung – immer gerne eingeladen, immer lautstark gefeiert. In nur wenigen Wochen etablierte sich die 52-Jährige durch ihre Volten und Pointen bei bundesweiten Auftritten als neues Gesicht der Pegida-Bewegung. Festerling, die nicht zwischen Islam und Islamismus unterscheiden will, weiß aufzutreten, liebt es zu polemisieren. Ihre ersten Auftritte absolvierte sie noch als AfD-Mitglied.

schlossenen Grenzen geäußert. Eine Debatte, die bereits durch die Äußerung von Marcus Pretzell, gewaltsamen Grenzübertritten mit Waffen als »Ultima Ratio« begegnen zu wollen, bei einer Parteiveranstaltung nachhaltige Kritik ausgelöst hatte. In dem am 30. Januar 2016 veröffentlichten Interview antwortete Petry auf die Frage, wie ein Grenzpolizist in einem solchen Fall reagieren sollte: »Er muss den illegalen Grenzübertritt verhindern, notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen. So steht es im Gesetz.« Die beiden Redakteure fassten nach: »Es gibt in Deutschland ein Gesetz, das einen Schießbefehl an den Grenzen enthält?« Und Petry erklärte: »Ich habe das Wort Schießbefehl nicht benutzt. Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt. Entscheidend ist, dass wir es so weit nicht kommen lassen.«

Petry versuchte ihre Aussagen prompt zu relativieren, indem sie dem *Mannheimer Morgen* eine »verkürzte und völlig sinnentstellte« Wiedergabe ihrer Worte vorwarf, woraufhin Chefredakteur Dirk Lübke gegenüber *Meedia* am 8. Februar erklärte: »Was ist daran notwendig, wenn Frauke Petry uns selber das Interview angeboten hat, sie und ihr Sprecher jedes Wort zur Autorisierung vorgelegt bekommen haben, jedes Wort und jeden Satz mehrmals gelesen und schließlich zur Veröffentlichung freigegeben haben?«

Im März irritierte Petry im Umgang mit den Medien die Partei erneut, indem sie zwei Einladungen des ZDF beim *Morgenmagazin* (MoMa) platzen ließ – einen morgendlichen Top-Termin in der medialen Landschaft. Termin übersehen, wiegelte der Pressesprecher der AfD Christian Lüth anfänglich das Fernbleiben ab. Später führt Petry allerdings die MoMa-Moderatorin Dunja Hayali als Grund des Nichterscheinens an: »Solange vor allem öffentlich-rechtliche Fernsehsender ihren Auftrag, so neutral wie möglich das pluralistische Meinungsbild darzustellen, dadurch missverstehen, indem sie offensichtlichen Politaktivisten wie Dunja Hayali ein derartiges breites öffentliches Forum bieten, ist mein persönliches Interesse, in diesem Rahmen über die aufstrebende Alternative für Deutschland zu berichten, deutlich reduziert.« Hayali unterstützt

den Verein »Gesicht zeigen« und die Initiative »Respekt! Kein Platz für Rassismus«. Bei der Verleihung der »Goldenen Kamera 2016« am 6. Februar sagte Hayali: »In einem Land, in dem die Meinungsfreiheit so ein hohes Gut ist, darf und muss jeder seine Sorgen und seine Ängste äußern« können, »ohne gleich in die rechte Naziecke gestellt zu werden. Aber wenn Sie sich rassistisch äußern, dann sind Sie verdammt noch mal ein Rassist«. Den Vorwurf von Petry nannte Redaktionsleiter Thomas Fuhrmann schlicht »abwegig«.

Diese Posse mit dem ZDF wie auch die Home-Love-Story in der *Bunten* am 23. März 2016 kamen in der Partei nicht überall gut an. Lügenpresse hin oder her. In der AfD stieg die Sorge, dass die Bundessprecherin eventuell nicht den gebotenen konsolidierenden Kurs nach den Wahlerfolgen einleiten und halten könnte. Nicht nur wegen des Umgangs mit den Medien. In der Partei verfestigte sich die Einschätzung, dass Petry nur schwer mit Kritik umgehen kann, selbst wenn diese konstruktiv und nicht persönlich geäußert wird – heißt es aus der AfD. Ihr Vorwurf, Lucke sei autoritär gewesen, fällt auf sie zurück. Eine »Luckine« brauche man nicht. Ihre Parteihänger registrierten sehr genau, dass sie ihre starke öffentliche Präsenz auch nutzte, um führende Parteimitglieder medial anzuzeigen. Den Parteivize Alexander Gauland watschte sie ab, als er eingestand, dass die Krise der Flüchtlingspolitik ein »Geschenk des Himmels« für ihre Partei sei. »Ein fataler Satz. Man kann sich doch nicht über Entwicklungen freuen, die dem Land schaden«, sagte sie. Die Europa-Abgeordnete Beatrix von Storch griff Petry wegen ihrer Aussage zum Schusswaffengebrauch gegen Flüchtlinge an. Die Parteikollegin, die ihr eigentlich beistehen wollte, hatte geäußert, dass an den Grenzen nur nicht auf Kinder und Minderjährige geschossen werden dürfe. »Was Beatrix gesagt hat, war katastrophal. Ich will keine Toten«, sagte Petry in der *Bunten*.

Auf dem Parteitag möchte Petry zu Beginn ihrer Rede mit einer kleinen Volte über Parteifarben punkten. Am Redepult macht sie auf ihr Outfit aufmerksam: grüner Blazer und roter Rock, statt wie sonst ihre dunkelblaue Kombination. Bewusst gewählt, um zu sagen: »Wir sollten alle Farben okkupieren«, und dass diese Farben in

Zukunft unwichtig seien, weil sie, »die Blauen, das neue Bunt mit allen Farben« okkupieren würden. Einzelne Lacher folgen – mehr nicht. Am Mikrofon ermahnt Petry den Parteitag: »Wir im Bundesvorstand brauchen Sie als Mitglieder, so wie Sie mich als maßgebliche Repräsentantin in der Öffentlichkeit brauchen.«

Im Saal ist bald spürbar, dass Petry nicht zum Parteitagsliebling wird, der charmant und pointiert die Richtung weist. Schnell hatte sich im Vorfeld dieses Programmparteitags abgezeichnet, wer die Programmatik vorgibt: Die FAZ führte mit Alexander Gauland und Jörg Meuthen ein Interview über ihre Parteiausrichtung, die *Bunte* ein Gespräch mit Frauke Petry und Marcus Pretzell über ihre neue Liebe.

Auf dem Parteitag offenbart sich bereits vor der Debatte um die AfD-»DNA« das Problem mit der Distanz zu ganz weit rechts. Ohne auf Widerspruch zu stoßen, erklärt Pretzell am Saalmikrofon, als Europa-Abgeordneter der Fraktion »Europa der Nationen und der Freiheit« beizutreten, die vom Front National (FN) bestimmt wird. Eine Nähe, die die AfD früher mied. Mit dem FN um Marine Le Pen hätten sie »nichts gemeinsam«, sagte Petry noch am 8. Juli 2015 gegenüber *Zeit Online*. Mit viel Widerspruch in der Diskussion beschloss der Parteitag, mit 996 gegen 806 Stimmen, den saarländischen Verband wegen rechtsextremer Kontakte aufzulösen. Schlussendlich liegt die Entscheidung beim Schiedsgericht der Partei.

Eine weitere Ambivalenz spiegelte sich im Entwurf des Grundsatzzprogramms vom Februar 2016 in der Sozial- und Familienpolitik wider. Eine »Partei der kleinen Leute«, von der Gauland immer spricht, hätte andere Forderungen und Überlegungen aufgeworfen. Nach öffentlicher Kritik fiel das der Partei dann auch auf – und entschärfte ihre Positionen. Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit, die Privatisierung der Arbeitslosen- und Unfallversicherung und auch die Wiedereinführung des Schuldprinzips bei Scheidungen wird nun nicht mehr gefordert. Stattdessen heißt es, dass die AfD für eine »grundlegende Reform zum Wohle Deutschlands« sei, die auch die Sozialversicherungen betreffe. Der Begriff »Sozialstaat«, merkt Pascal Beucker in der *taz* am 29. März 2016 an, tauche in dem

»AfD-Entwurf kein einziges Mal auf«, das Gleiche gelte »für die Wörter ›Mitbestimmung‹ und ›Gewerkschaften‹«.

Diese Ambivalenzen in der »DNA« der Partei lösen sich auf dem Parteitag von Abstimmung zu Abstimmung mehr und mehr auf. Die Partei zieht es weiter nach rechts – weg von einem modernen Konservatismus. In der Programmdebatte setzen sich überwiegend die rechteren Positionen durch. Einige Kernpunkte: »Der Islam gehört nicht zu Deutschland«, »Ungeregelte Asylzuwanderung« schade Deutschland, die deutschen Außengrenzen sollten wieder flächendeckend gesichert werden, gegebenenfalls mit Zäunen, die Türkei solle niemals Mitglied der EU werden, die EU müsse zugunsten der nationalen Souveränität zurückgedrängt werden, die Zahl der Abtreibungen solle sinken, die Strafmündigkeit von 14 auf zwölf Jahre herabgesetzt werden, die Krippenbetreuung und häusliche Erziehung sollen gleichberechtigt nebeneinander bestehen, das Schächten untersagt und der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner jetzigen Form abgeschafft werden.

»Selbstpositionierung als rechtspopulistisch« – Affinitäten und Arrangements

Vor dem Parteitag hatten Gauland und Storch für die AfD signalisiert, dass die Bezeichnungen »rechtspopulistisch« und »Anti-Islam-Partei« die passenden sein könnten. Zu weit rechts für einen der Journalisten, der für die Idee einer Partei rechts von der Union ganz offen ist und in der zweiten Reihe im Saal sitzt: Dieter Stein, Chefredakteur der *Jungen Freiheit*. Seit Monaten warnt er vor einem zu weiten Rechtskurs, der erneut die Hoffnung auf eine rechte Partei jenseits der CDU/CSU platzen lassen könnte, weil er die rechte Mitte möglicherweise abschreckt. »Diese Selbstpositionierung als rechtspopulistisch ist reichlich dämlich«, sagte er bei einer Veranstaltung der AfD-Bürgerschaftsfraktion in Hamburg. Auf dem Parteitag weicht er einer Nachfrage aus: Für- und Widerspruch habe er für diese Äußerung erhalten.

Nach dem Parteitag feiert die neurechte Wochenzeitung am 4. Juni 2016 ihr 30-jähriges Erscheinen. Mit dem Aufstieg der AfD

- Waldstein, Thor von: »Wir Deutsche sind das Volk«. In: Institut für Staatspolitik (Hg.): Wissenschaftliche Reihe. Schnellroda, 2016.
- Ders.: Metapolitik. Theorie – Lage – Aktion. Schnellroda, 2015.
- Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen, 1980.
- Weiß, Volker: Moderne Antimoderne. Arthur Moeller van den Bruck und der Wandel des Konservatismus. Paderborn, 2012.
- Ders.: Deutschlands Neue Rechte. Angriff der Eliten – Von Spengler bis Sarrazin. Paderborn, 2011.
- Weißmann, Karlheinz: Rubikon. Berlin, 2016.
- Willinger, Markus: Die identitäre Generation. Eine Kriegserklärung an die 68er. London, 2013.
- Wolfschlag, Claus-M. (Hg.): Bye-bye '68. Graz, 1998.
- Wölk, Volkmar: Jenseits der »Lügenpresse«. In: Häusler, Alexander/ Virchow, Fabian (Hg.): Neue soziale Bewegung von rechts? Hamburg, 2016.
- Zick, Andreas/Klein, Anna: Fragile Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014. Berlin, 2014.
- Ders./Küpper, Beate/Hövermann, Andreas: Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung, 2011.

Danksagung

Kein Buch, das nicht von vielen inspiriert und getragen wird. Mein herzlicher Dank gilt:

- den Kolleginnen und Kollegen David Begrich, Gideon Botsch, Janine Clausen, Anne Jessen, Felix Krebs, Jan Raabe, Andrea Röpke, Paul Wellsow und Volker Weiß für ihre Anmerkungen und Einwürfe;
- den Initiativen und Opferberatungsstellen: Arbeitsstelle Rechtsextremismus und Gewalt in Niedersachsen, Antifaschistisches Presse-Archiv in Berlin, Mobile Beratung Thüringen, dem Verein Argumente & Kultur gegen Rechts in Bielefeld für Hinweise und Literatur;
- den Redaktionen von »Der Rechte Rand« und »tageszeitung« (taz) für Verständnis und Geduld;
- den Engagierten und Betroffenen vor Ort, wo Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stark verankert sind, für ihr Vertrauen und ihre Offenheit;
- Stephan Meyer vom Orell Füssli Verlag, der zu dem Buch anregte, und Sigrid Weber, die das Lektorat übernahm;
- all jenen, die auf eigenen Wunsch nicht namentlich erwähnt werden möchten, die aber mit mir eng verbunden sind und die langjährigen Recherchen begleiten.

